

# ZÜRICH UND REGION

**Lasfasernetz:** Warum die Stadt Zürich eine eigene Datenautobahn bauen will, und was der Bürger davon hat. **13**

**Euro-08-Arena:** Warum Winterthur immer bessere Chancen hat, bei der Fussball-EM zu punkten. **15**

**Bellevue:** Stuntmänner – die wahren Helden der Leinwand – live. **22**



## Fürsorgeakten: Stocker schaltet Justiz ein

Nach Medienberichten über Zürcher Sozialhilfebezügler hat Stadträtin Monika Stocker Strafanzeige wegen Amtsheimnisverletzung erstattet.

von **Martin Huber**

**Zürich.** – Die Sozialvorsteherin (Grüne) reagiert damit auf zwei kürzlich in der «Weltwoche» erschienene Artikel. Da werden, gestützt auf Akten der Stadtkantonalen Sozialhilfe, Fälle von Personen und Familien geschildert, die Sozialhilfe von der Stadt Zürich oder mehr beziehen sollen, obwohl sie nach wie vor ein Auto besitzen und sich gar eine Haushalthilfe leisten lassen. Die Klienten werden nicht namentlich erwähnt, sondern sind anonymisiert. Das Blatt hat die Fallakten, aus denen zum Teil wörtlich zitiert, nach eigenen Angaben von einem Insider erhalten. Die vertraulichen Akten seien unrechtmässig an die Öffentlichkeit gelangt, sagte Stocker gestern. Deshalb habe sie Strafanzeige gegen unbekannt wegen Amtsge-

heimnisverletzung erstattet. Dazu sei sie von Amtes wegen verpflichtet. Die Herausgabe von Klientendaten sei «ein grober Verstoss gegen das Datenschutzgesetz». Diese Daten gehörten zu den schützenswertesten überhaupt. Die Klientendaten stehen laut Stocker «unter hohem Verschluss», nur wenige Personen hätten Zugriff darauf. Beim Stellenantritt unterschreiben Mitarbeitende ein so genanntes Datenschutz-Revers. Dies verpflichtet sie, keine Klientendaten an Dritte weiterzugeben. Wo das Leck entstanden sein könnte, bei Mitarbeitenden oder in der aus Politikern aller Parteien zusammengesetzten Sozialbehörde, wollte sie nicht kommentieren. «Das ist Sache der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.»

Mit den geschilderten Fällen wollte die «Weltwoche» nach eigenen Angaben aufzeigen, dass das von Stocker initiierte Chancenmodell nach dem Motto «Arbeit statt Fürsorge» falsche Anreize produziere und es sich für Sozialhilfebezügler gar nicht lohne, zu arbeiten. Zudem gehe Fürsorge oft auch an Ausländer, die gar nicht mehr in der Schweiz lebten. Stocker wollte sich gestern zu den einzelnen Fällen nicht äussern: «Wie üblich, nehme ich in den

Medien keine Stellung zu Einzelheiten ausser der Fallführung.» Und was sagt sie zu den Vorwürfen gegen ihre Sozialpolitik und zur angeblichen Verschleuderung von Fürsorgegeldern? Stocker: «Die Zeitungsartikel sind jenseits von jeder Sachlichkeit. Wer mich kennt, wer die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) kennt und wer die Sozialhilfe kennt, der weiss, dass wir seriöse Arbeit leisten.» Die Kritik am Chancenmodell sei völlig unhaltbar. «Arbeitsintegration ist eine Erfolgsgeschichte

und wird in der ganzen Schweiz systematisch eingeführt in der Sozialhilfe, weil sie funktioniert.» Stocker sieht in den Artikeln «eine Kampagne gegen mich, die Skos, die Sozialhilfe und die ausländische Bevölkerung». Sie nehme diese Kampagne durchaus ernst und habe die nötigen Schritte eingeleitet. «Aber damit hat es sich, denn eine Kampagne kann man kaum je auf der Sachebene kontern.» Der Zeitpunkt der Veröffentlichung sei wohl nicht ganz zufällig, vermutet sie weiter und ver-

weist auf die am Montag von der Stadtkantonalen SVP eingereichte Volksinitiative gegen Sozialhilfemissbrauch.

Doch deuten die der «Weltwoche» zugespilten Akten nicht darauf hin, dass es unter Sozialarbeitern in Zürich rumort und manche der Ansicht sind, es würden oft zu hohe Beträge ausbezahlt? «Diesen Verdacht weise ich klar zurück», sagte Stocker. Es gebe in jedem Betrieb unzufriedene Leute. Aber bevor klar sei, wo das Leck ist, seien dies unzulässige Spekulationen.

Für FDP-Kantonsrat Urs Lauffer, Vizepräsident der 15-köpfigen Sozialbehörde, ist es «ein Skandal», dass solche Fallakten an Medien gelangten. Der Persönlichkeitsschutz sei ein entscheidendes Element im Umgang zwischen Bürger und Staat, das gelte auch in der Sozialhilfe. Lauffer glaubt nicht, dass die Sozialbehörde als Quelle der Indiskretion in Frage komme. Die Auswahl der Fälle in der «Weltwoche» hält er für «sehr tendenziös». Zudem wehrt er sich dagegen, dass jedes Mal, wenn neue Einzelfälle auftauchen, gleich das Sozialhilfesystem grundsätzlich in Frage gestellt werde. Die Revision der Skos-Richtlinien habe positive Auswirkungen, die Kosten pro Fall seien rückläufig, betonte Lauffer.

### Junge SVP mit neuer Volksinitiative

Ausländerinnen und Ausländer, die weniger als zehn Jahre in der Schweiz wohnen, sollen nur noch eingeschränkte Sozialhilfe erhalten. Dies verlangt eine kantonale Volksinitiative mit dem Namen «Sozialhilfebegrenzung an Migranten», welche die Junge SVP des Kantons Zürich demnächst lancieren will, wie SVP-Kantonsrat Claudio Schmid (Bülach) gestern bestätigte. Ausländer mit

weniger als zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz sollen nur noch eine minimale «Grundunterstützung» erhalten. Der Anteil der Ausländer unter den Sozialhilfebezügern sei überdurchschnittlich hoch, und der Schweizer Sozialstaat erweise sich für Ausländer als «äusserst attraktiv», heisst es in der Begründung. Für das Zustandekommen der Initiative sind 6000 Unterschriften nötig. (mth)

...joutier wurde mit ...wehr erschlagen

Kampf um den ...